

**NATIONALER AKTIONSPLAN ZUR UMSETZUNG VON  
RESOLUTION 1325 (2000)  
DES SICHERHEITSRATES DER VEREINTEN NATIONEN**

**ENTWURF**

**Siebter Umsetzungsbericht**

Die österreichische Bundesregierung bekennt sich zu den Zielen der am 31. Oktober 2000 einstimmig vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN-SR) verabschiedeten Resolution 1325 (2000) zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“ und hat am 8. August 2007 den ersten nationalen Aktionsplan (NAP 1325) mit konkreten Maßnahmen zur Umsetzung dieser Resolution beschlossen. Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums der Annahme der Resolution 1325 wurde eine Überprüfung der nationalen Zielsetzungen und Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution beschlossen, deren Ergebnis der am 24. Jänner 2012 beschlossene überarbeitete Nationale Aktionsplan ist.

Zur Weiterentwicklung des Aktionsplans wurde unter Federführung des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) eine Arbeitsgruppe eingerichtet, der VertreterInnen aller beteiligten Ressorts sowie der Austrian Development Agency (ADA) angehören. Diese Arbeitsgruppe erstellt jährlich einen Umsetzungsbericht.

Der vorliegende siebte Umsetzungsbericht der Arbeitsgruppe erfasst den Zeitraum vom 1. November 2014 bis 31. Dezember 2015. Er schließt an den sechsten Umsetzungsbericht an, der am 7. Juli 2015 vom Ministerrat angenommen wurde und bietet einen Überblick über den Stand der Umsetzung des überarbeiteten Nationalen Aktionsplans bzw. über die von den einzelnen Ressorts und der ADA gesetzten Maßnahmen zur Förderung von Frauen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen.

Der Berichtszeitraum wird einmalig um 2 Monate verlängert, um diesen in Hinkunft mit dem Kalenderjahr und damit mit ressortinternen Berichtszyklen und Datenerfassungen in Einklang zu bringen. Um die Vergleichbarkeit sowohl rückblickend als auch pro futuro sicherzustellen, werden Daten sofern möglich und zweckmäßig<sup>1</sup> zusätzlich zum Berichtszeitraum auch jeweils für die Zeiträume 1. November 2014 – 31. Oktober 2015 sowie 1. Jänner 2015 – 31. Dezember 2015 ausgewiesen.

---

<sup>1</sup> Sofern eine Aufgliederung auf die unterschiedlichen Bezugszeiträume zu keinen anderen Ergebnissen führt, wurde von einer solchen abgesehen.

## 1. Aktivitäten in Österreich

### 1.1 Koordination, Monitoring und Berichtslegung

BMEIA:

- Das BMEIA koordinierte die aus VertreterInnen des BMEIA, des Bundesministeriums für Bildung und Frauen (BMBF), des Bundesministeriums für Inneres (BM.I), des Bundesministeriums für Justiz (BMJ), des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS) und der ADA bestehende Arbeitsgruppe zur Umsetzung bzw. Weiterentwicklung des NAP 1325 unter Einbeziehung von VertreterInnen der Zivilgesellschaft.
- Der am 7. Juli 2015 vom Ministerrat angenommene sechste Umsetzungsbericht zum NAP wurde an das Parlament weitergeleitet und auf der Webseite des BMEIA und des BMBF veröffentlicht.
- Der sechste Umsetzungsbericht wurde auch an alle österreichischen Botschaften und Vertretungsbehörden sowie alle relevanten Abteilungen des BMEIA mit dem Ersuchen weitergeleitet, die Umsetzung des NAP weiter voranzutreiben und über relevante Projekte und Initiativen zu berichten.
- Das BMEIA veröffentlichte im Berichtszeitraum 5 Presseaussendungen mit inhaltlichem Bezug zu Resolution 1325 (siehe Anhang 1).
- Konkrete Anliegen der Zivilgesellschaft wurden im Berichtszeitraum in erster Linie im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des 6. Umsetzungsberichts geäußert, in dessen Erstellung die Zivilgesellschaft eingebunden war. Das BMEIA stand dabei in direktem Kontakt mit den VertreterInnen der Zivilgesellschaft und war darum bemüht, den Anliegen so weit als möglich Rechnung zu tragen.

### 1.2 Rekrutierung für internationale Friedensoperationen, Nominierungen für Führungspositionen in internationalen Organisationen und für Wahlbeobachtungen

BMEIA:

- Österreich hat Fr. Rosa Logar (Leiterin der Interventionsstelle Wien) für den Monitoring-Mechanismus (GREVIO) des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt („Istanbul-Konvention“) nominiert und ihre Kandidatur aktiv unterstützt. Bei der Wahl am 4. Mai in Strassburg wurde Fr. Logar zur 1. Vizevorsitzenden von GREVIO gewählt.
- Im Berichtszeitraum wurden von Österreich 61 Personen, davon 26 Frauen (42,6%), für EU-Wahlbeobachtungsmissionen in Drittstaaten nominiert. Von diesen nominierten ÖsterreicherInnen hat die EU insgesamt 33 Personen

tatsächlich auf eine der 9 durchgeführten Wahlbeobachtungsmissionen entsandt, davon 13 Frauen (39,4%). Im Zeitraum von 1.11.2014-31.10.2015 wurden von Österreich 45 Personen, davon 17 Frauen (37,78 %), für EU-Wahlbeobachtungsmissionen in Drittstaaten nominiert. Von diesen nominierten ÖsterreicherInnen hat die EU insgesamt 25 Personen tatsächlich auf eine der 7 durchgeführten Wahlbeobachtungsmissionen entsandt, davon 9 Frauen (36 %). Im Zeitraum 1.1.-31.12.2015 wurden von Österreich 60 Personen, davon 25 Frauen (41,67 %), für EU-Wahlbeobachtungsmissionen in Drittstaaten nominiert. Von diesen nominierten ÖsterreicherInnen hat die EU insgesamt 32 Personen tatsächlich auf eine der 8 durchgeführten Wahlbeobachtungsmissionen entsandt, davon 12 Frauen (37,5 %).

- Im Berichtszeitraum wurden von Österreich 24 Personen, davon 13 Frauen (54,2 %), für OSZE-Wahlbeobachtungsmissionen in Drittstaaten nominiert. Alle nominierten ÖsterreicherInnen hat ODIHR tatsächlich auf eine der 10 durchgeführten Wahlbeobachtungsmissionen entsandt. Dieser Wert gilt unverändert auch für die Zeiträume 1.11.2014 - 31.10.2015 und 1.1.2015 - 31.12.2015.
- Österreich tritt stets für einen höheren Frauenanteil bei OSZE-Leitungsfunktionen im OSZE-Sekretariat, den Institutionen der Organisation sowie in den Feldpräsenzen ein. Sowohl im Zeitraum von 1.11.2014 - 31.10.2015 als auch von 1.1.2015 - 31.12.2015 wurden insgesamt 22 zivile Personen an die OSZE-Feldpräsenz sekundiert, davon waren 10 (45,5 %) weiblich und eine Österreicherin arbeitet als Vertragsangestellte an der Mission in Serbien.
- Derzeit arbeiten 10 ÖsterreicherInnen in Internationalen Vertragspositionen im Sekretariat der OSZE in Wien, davon 5 Frauen. Am Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in Warschau sind zwei Frauen angestellt, bei der OSZE-Beauftragten für die Medienfreiheit (RFOM) eine Frau.

#### BM.I:

- Im Zeitraum 1. November 2014 bis 31. Dezember 2015 waren insgesamt 32 Polizisten/innen, davon 3 Frauen (d.s. 9,375%) in insgesamt 5 verschiedenen Krisenmanagement-Einsätzen der Europäischen Union eingesetzt. Davon entfielen auf den Zeitraum 1. November 2014 - 31. Oktober 2015 insgesamt 32 PolizistInnen, davon 3 Frauen (9,375 %), bzw. auf den Zeitraum vom 1. Jänner - 31. Dezember 2015 insgesamt 26 PolizistInnen, davon 2 Frauen (7,692 %), die jeweils in insgesamt 5 verschiedenen Krisenmanagement-Einsätzen der Europäischen Union eingesetzt waren. Zur Mission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK), hat das BM.I eine Polizistin entsandt. Die Auswahl des eingesetzten Personals erfolgt zur Gänze durch die Europäische Union bzw. die Vereinten Nationen. Das bedeutet in der Praxis, dass sich die Polizisten/innen im Wege des BM.I bei der Europäischen Union oder den Vereinten Nationen in der

jeweiligen Mission bewerben. Auf die weitere Personalauswahl dieser beiden internationalen Organisationen hat das BM.I keinerlei Einfluss.

- Bei der EUPOL-Afghanistan-Mission wurde im Beobachtungszeitraum eine österreichische Polizistin im Bereich der Police-Distrikt-Reform für die Umsetzung des EU-Projektes „Phoenix - 119 ESCC (Emergency Service Call Center) u. Polizei-Großeinsätze“ eingesetzt. Ihr Aufgabenbereich umfasste dabei die Leitung, Koordination und Abhaltung von C3, Command-, Control- und Communication – Kurse, sowie Leader-ship-Kurse für die Führungsebene der afghanischen Polizei auf diversen Polizeidienststellen.
- Bei der UNMIK-Mission der Vereinten Nationen im Kosovo war eine österreichische Polizistin im Beobachtungszeitraum als Verbindungsbeamtin zur kosovoalbanischen Polizei, zur EULEX-Mission der Europäischen Union und zu anderen internationalen Organisationen im Einsatzgebiet eingesetzt.

BMJ:

- Mit Stand 31. Dezember 2015 waren eine österreichische Richterin im Ruhestand als Richterin am Sondergerichtshof für Residualaufgaben für Sierra Leone und eine weitere österreichische Richterin als Richterin beim Rote-Khmer-Tribunal in Kambodscha tätig.

BMLVS:

- Im Beobachtungszeitraum 01. November 2014 bis 31. Dezember 2015 befanden sich pro Monat durchschnittlich 33 Frauen und 1192 Männer im Auslandseinsatz. Der Höchstwert an entsendeten Frauen belief sich auf 40, was einem Frauenanteil von 2,69 % des insgesamt entsendeten Personals entsprach.<sup>2</sup>
- Im Beobachtungszeitraum wurden folgende Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Auslandseinsätzen durchgeführt. Diese Maßnahmen dienen vor allem der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie:
  - die generelle, bedarfsorientierte Genehmigung und Durchführung einer temporären Kinderbetreuung in sechs Bundesländern an 15 Standorten im Juli und August 2015 mit insgesamt 21 Gruppen, für die 475 Kinder angemeldet und in diesen betreut wurden;
  - die Ausweitung der Flexibilisierung der Dienstzeit in Form von Gleitzeit;

---

<sup>2</sup> Eine Erhöhung des Frauenanteils, v.a. auch in Führungspositionen, ist zunächst unter Berücksichtigung der Personalstruktur des Österreichischen Bundesheeres (ÖBH) zu beurteilen. Mit Stand 1. November 2015 leisteten 14.592 Männer und 398 Frauen freiwillig Dienst beim ÖBH. Grundwehrdienst wird derzeit von 10.201 Männern (Stand: 1. November 2015) abgeleistet; diese können ebenfalls nach Abgabe einer Freiwilligenmeldung einen Auslandseinsatz machen. Bei Auslandseinsätzen besteht Freiwilligkeitserfordernis. Die Personalauswahl kann daher nur auf Grund von freiwilligen Meldungen (und Beurteilung der geforderten Entsende- und Ausbildungsvoraussetzungen) erfolgen.

- die Weiterführung des Projektes zur Schaffung eines kontinuierlichen Kinderbetreuungsangebotes im Österreichischen Bundesheer (ÖBH) als familienfreundliches Signal an die Bediensteten.
- Darüber hinaus wurden gezielte Rekrutierungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Dienstes für Soldatinnen beim ÖBH gesetzt, mit dem Ziel, den Anteil an Soldatinnen im ÖBH langfristig auf 10% zu erhöhen. Zu den Maßnahmen zählen unter anderen;
  - die Veranstaltung von speziellen Schnuppertagen, die jungen Frauen einen Einblick in die Karrieremöglichkeiten beim ÖBH sowie in den Berufsalltag von Soldatinnen und Soldaten bieten sollen. Im Beobachtungszeitraum fand der sogenannte „Girls' Day“ einmal an sieben Standorten statt und 917 interessierte Frauen haben daran teilgenommen;
  - die Veranstaltung von Schnupper- und Karrieretagen für Frauen und Männer, an denen im Berichtszeitraum 335 interessierte Frauen teilnahmen, sowie die Durchführung von Berufsinformationstagen in den regionalen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservices (AMS), an denen im Beobachtungszeitraum 21 Frauen teilnahmen.
  - Gezielte Karriereförderung von Frauen im ÖBH, wie beispielsweise die Förderung von Frauen bei der Vergabe von Führungs- und Managementfunktionen, sowie die Etablierung eines Mentoring Programms für neu eintretende Soldatinnen, in dem erfahrene Soldatinnen für eine oder mehrere Soldatinnen als Mentor bestellt werden. Bis zum Beobachtungszeitraum wurden 32 Soldatinnen als Mentorinnen ausgebildet und bestellt.
  - Die Schaffung und Weiterentwicklung von österreichweiten Kommunikationsplattformen zur Vernetzung und verbesserten Koordinierung von Soldatinnen. An den Jahrestreffen der Absolventinnen der Landesverteidigungsakademie, der Theresianischen Militärakademie sowie der Heeresunteroffiziersakademie haben im Beobachtungszeitraum 23 weibliche Offiziere und 40 weibliche Unteroffiziere teilgenommen.
- In den Jahren 2011 bis 2013 wurden seitens des BMLVS „Gender Field Advisor“ als Beraterinnen des Kommandanten der Friedensmission KFOR entsendet. Im Jahre 2014 erfolgte die Übernahme dieser Aufgabe durch Schweden. Mit Anfang 2015 wurde der „Gender Field Advisor“ erneut durch das BMLVS entsandt. Ab Ende Jänner 2016 wird diese Aufgabe wieder durch Schweden übernommen. Für die Friedensmission im Kosovo wird durch diesen österreichischen Beitrag ein formaler Kontakt zu lokalen Frauenorganisationen im Kosovo ermöglicht. Des Weiteren wird durch die Etablierung dieser Funktion eine Berücksichtigung von

geschlechterspezifischen Anliegen - insbesondere jener von Frauen - in der Region gewährleistet.

### 1.3. Training/Code of Conduct

BMEIA:

- Ein Seminar über Gender/internationale Frauenfragen ist Bestandteil des verpflichtend zu absolvierenden Grundausbildungsprogramms für MitarbeiterInnen des höheren wie auch gehobenen auswärtigen Dienstes. Im Rahmen dieses Seminars werden schwerpunktmäßig die Zielsetzungen von Resolution 1325 und der Nachfolgeresolutionen behandelt. Eine derartige Ausbildungsveranstaltung für die nach dem Ende eines längeren Aufnahmestopps neu aufgenommenen MitarbeiterInnen sowie weitere interessierte MitarbeiterInnen des BMEIA ist in Planung.

BM.I:

- Die Resolution 1325 fließt im Rahmen mehrerer Ausbildungsmodule im Bereich der generellen Vorbereitung für Auslandseinsätze ein. Im Bereich der missionsspezifischen Ausbildung (unmittelbare Vorbereitung von Polizisten/innen für eine bestimmte Mission) wird wiederholt auf die Bedeutung von Resolution 1325 eingegangen.
- Eine österreichische Polizistin, die im Ausbildungsbereich für Auslandseinsätze tätig ist, wurde im Berichtszeitraum zu einer Ausbildungsveranstaltung mit dem Schwerpunkt „A comprehensive approach to gender in operations“ nach Portugal entsandt. Eine weitere österreichische Polizistin aus dem Ausbildungsbereich für Auslandseinsätze nahm an einem „Hostile environment-training“ in Schweden teil.
- Im Berichtszeitraum wurden bei den internationalen Einsätzen, an denen sich das BM.I mit der Entsendung von Polizisten/innen beteiligt, keine Verhaltensstandards durch österreichische Polizisten/innen verletzt.

BMLVS:

- Seit dem Jahr 2010 werden vom Swedish Armed Forces International Training Centre (SWEDINT) Gender Field Advisor (GFA) Kurse für internationale TeilnehmerInnen durchgeführt. Durch ein bilaterales Kooperationsprojekt wurde 2011 ebenso ein dementsprechendes Ausbildungsprogramm des European Security and Defence College (ESDC) ins Leben gerufen<sup>3</sup>. Die nachfolgende Entsendung von hierdurch qualifizierten GFA ermöglicht die Umsetzung einer

---

<sup>3</sup> ESDC Pilot Course: A Comprehensive Approach to Gender in Operations (Bilaterales Kooperationsprojekt initiiert durch Niederlande und Spanien).

diversitätsgerechten und insbesondere geschlechterspezifischen Herangehensweise in internationalen Friedenseinsätzen. 11 Bedienstete des BMLVS, davon 6 Frauen (55%) wurden bis Stichtag 31. Dezember 2015 bereits zu GFA ausgebildet. Die Ausbildung weiterer Bediensteter des BMLVS zu GFA sowie zu TrainerInnen im Bereich Gender war im Beobachtungszeitraum in Vorbereitung.

- Unter Einbindung von internationalen Gender-ExpertInnen wurde ein spezielles Gender-Ausbildungsmodul „Basics und Gender-Perspective in militärischen Operationen“ zur Integration der Thematik in die generellen Ausbildungsmaßnahmen für Bedienstete des BMLVS entwickelt. Das erarbeitete Ausbildungsmodul wird seit dem Jahr 2012 ebenenadäquat in die unterschiedlichen Laufbahn- und Grundausbildungsmaßnahmen für SoldatInnen und zivile MitarbeiterInnen integriert. Des Weiteren wurde ein spezielles Gendermainstreaming Einsatzmodul entwickelt, welches flächendeckend im Rahmen der Ausbildungsvorbereitung für Auslandseinsätze zur Anwendung kommt.
- Das im Jahr 2012 vom BMLVS in Kooperation mit dem BMEIA, dem BMI und dem BKA entwickelte interdisziplinäre Ausbildungsprogramm für Führungskräfte in Friedensoperationen zum Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten wurde im Berichtszeitraum zwei Mal (November 2014 sowie November 2015) am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) in Stadtschlaining durchgeführt. Im Rahmen dieses international angebotenen Kurses wurden bisher insgesamt 99 nationale und internationale TeilnehmerInnen, davon 30 Frauen (30,30%), ausgebildet. Ein Ausbildungsteil des mittlerweile jährlich veranstalteten Kurses widmet sich explizit der Rolle von Frauen in bewaffneten Konflikten und dient unter anderem der Vermittlung von Grundkenntnissen zur VN-SR Resolution 1325 sowie zu den Folgeresolutionen.
- Darüber hinaus wurde seitens BMLVS im Berichtszeitraum ein weiteres thematisches Ausbildungsprogramm - ein UN Training of Trainers (ToT) Kurs zum Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten - im ÖSFK in Stadtschlaining abgehalten. Auch bei dieser Ausbildungsmaßnahme ist ein Ausbildungsteil explizit den Inhalten und Zielen der Resolution 1325 gewidmet und behandelt unter anderem die Rolle und den Schutz von Frauen in bewaffneten Konflikten, sowie die Null-Toleranz Politik gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch bei VN-Friedenseinsätzen. Im Rahmen dieser Kurse, welcher im März 2015 zum dritten Mal in Österreich stattfand, wurden bisher 72 internationale TeilnehmerInnen, darunter 16 Frauen (22,22%), zu TrainerInnen im Bereich Schutz von ZivilistInnen ausgebildet.
- Im Österreichischen Bundesheer gibt es zudem die Möglichkeit, ein vertiefendes zweitägiges Seminarangebot „Gender Mainstreaming“ zu absolvieren, welches die Ziele und die Umsetzung der Resolution 1325 explizit zum Thema macht. Im Jahr 2015 hat das Seminar einmal stattgefunden und wird weiterhin jährlich angeboten. Insgesamt nahmen an dem Ausbildungsangebot 22 Teilnehmer teil, darunter 14 Frauen (17,1%).

- Die aus der Resolution 1325 erschießbaren Ziele und Absichten werden weiters in bestehenden Lehrveranstaltungen der Unteroffiziers- und Offiziersausbildung thematisiert. Der Schutz und die Rechte von Frauen in internationalen bewaffneten Konflikten werden insbesondere in den Lehrveranstaltungen zum Thema Humanitäres Völkerrecht angesprochen.
- Darüber hinaus werden genderspezifische Aspekte, die in der nationalen Rechtsordnung verankert sind und einen ressortspezifischen Bezug aufweisen, im Rahmen der ressortbezogenen Rechtslehre angesprochen.
- Auch im Rahmen von speziellen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (z.B. Generalstabsausbildung, Stabslehrgang, Einweisung des militärdiplomatischen Personals) werden Teile der Resolution 1325 gesondert und explizit thematisiert.
- In der Ausbildung im Rahmen einer Einsatzvorbereitung kommen zudem die relevanten Ausbildungsinhalte der nunmehr ebenenbezogenen UN CPTM4, wie „Code of Conduct“ (Verhaltensregeln), „Child Protection“ (Schutz von Kindern), „Prevention of Sexual Exploitation and Abuse“ (Maßnahmen zum Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch) und „Gender Equality in Peacekeeping“ (Gleichheit/Gleichberechtigung der Geschlechter in friedenserhaltenden Operationen) zur Anwendung.
- Das Österreichische Bundesheer verfolgt eine Null-Toleranz-Politik in Bezug auf sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch im Rahmen von internationalen Einsätzen, und vermutete Verstöße werden disziplinarrechtlich und strafrechtlich verfolgt. Im Beobachtungszeitraum lagen keine Verstöße gegen vorliegende Verhaltensstandards und die Null-Toleranz-Politik betreffend sexuellem Missbrauch und Prostitution im Rahmen von internationalen Einsätzen durch das entsendete Personal des Österreichischen Bundesheeres vor.

ADA:

- ADA MitarbeiterInnen der Zentrale und der Koordinationsbüros wurden insbesondere über die Global Study zur Implementierung von VN-Res. 1325 anlässlich des 15-jährigen Jubiläums informiert. Wenn relevant, wurden bei den Länder- und Regionalprogrammierungen sowie in den Programmen und Projekten die Resolutionen 1325 und Folgeresolutionen berücksichtigt.

## **2. Österreichische Aktivitäten in internationalen und supranationalen Organisationen sowie in bilateralen Kontakten**

---

<sup>4</sup> „Core Pre-Deployment Training Materials“.



## 2.1 Vereinte Nationen

BMEIA:

- Seit 1. Jänner 2015 ist die von Österreich nominierte RichterIn Dr. Lilian Hofmeister Mitglied des VN-ExpertInnenkomitees zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen (CEDAW).
- Österreich setzt sich als Beobachter im Verwaltungsrat von UN Women u.a. für eine starke Berücksichtigung der Thematik „Frauen, Frieden und Sicherheit“, die Förderung der Umsetzung von Resolution 1325 und das Empowerment von Frauen in politischen Übergangsprozessen im Rahmen der Tätigkeit von UN Women ein.
- Österreich beteiligte sich aktiv an den Verhandlungen zur politischen Erklärung und der Resolution zu den Arbeitsmethoden im Rahmen der 59. Sitzung der Frauenstatuskommission, die von 9.-20. März 2015 in New York tagte. Österreich unterstützte dabei auch die Abhaltung einer von der NGO International Alliance of Women organisierten Veranstaltung zur Umsetzung der Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW) und VN-SR Res. 1325.
- Im Rahmen des VN-Spezialausschusses für Friedenserhaltende Operationen (C-34) konnte 2015 erneut ein Verweis auf die Lage von Frauen in Konflikten verankert werden. Österreich setzte sich erfolgreich für die Notwendigkeit der Berücksichtigung von Gender Aspekten im Rahmen von Programmen zu „Disarmament, Demobilization and Reintegration“ ein
- Im Zuge der Evaluierung der Friedenserhaltenden Operationen der VN (FEO) betonte Österreich in seiner Eingabe an das High-Level Independent Panel on Peace Operations (HIPPO) im Jänner 2015 die Notwendigkeit einer Gender-Perspektive bei der Ausbildung der Angehörigen (Militär, Polizei und Zivil) der VN-FEO. Österreich betonte auch, dass die Truppensteller weitere Anstrengungen unternehmen müssten, um mehr weibliches Personal in die Missionen zu entsenden und forderte, dass alle Missionen über Gender-BeraterInnen verfügen müssten. Ein weiterer Aspekt war die Prävention von und Rechenschaft für sexuelle Gewalt. Zahlreiche dieser Forderungen fanden in die Empfehlungen des sogenannten HIPPO-Berichts, welcher im Juni 2015 präsentiert wurde, Eingang.
- Österreich ist Mitglied in der vom VN-Dienst für die operative Unterstützung des Feldpersonals gegründeten informellen Gruppierung „Senior Women Talent Pipeline“, die u.a. Frauen bei der Bewerbung um Positionen in VN-FEO berät und VN-Mitgliedstaaten dabei unterstützt, geeignete Bewerber vorzuschlagen. Diese Gruppierung erhält regelmäßig Informationen über den Anteil von Frauen in Führungspositionen bei Friedenserhaltenden Operationen, besonderen politischen und anderen Missionen.

- Im Rahmen der Debatte des VN-SR zum Schutz von Zivilisten am 30. Jänner 2015, welche sich vor allem mit dem Schutz von Frauen und Mädchen in Konflikten befasste, betonte Österreich in seiner nationalen Stellungnahme die Notwendigkeit der vollen Umsetzung von Resolution 1325.
- Österreich beteiligte sich an der Offenen Debatte des VN-SR zu Frauen, Frieden und Sicherheit am 13. und 14. Oktober 2015 aus Anlass des 15. Jahrestags der Annahme der SR-Resolution 1325. Österreich präsentierte konkrete Schritte zur weiteren Umsetzung von Resolution 1325 und forderte in seiner Erklärung die Stärkung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit für die Täter von sexueller Gewalt gegen Frauen in bewaffneten Konflikten und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmethoden der Vereinten Nationen. Zudem wurde die Abhaltung einer Konferenz zur Bekämpfung von sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten im Juni 2016 in Graz angekündigt. Außerdem beteiligte sich Österreich an einer Erklärung des Netzwerks Menschlicher Sicherheit (Human Security Network, HSN). Österreich war einer der Miteinbringer der durch den SR beschlossenen Resolution 2242 (2015). Am 14. Oktober wurde auch die von Österreich mit Euro 72.000,- mitfinanzierte Globale Studie zur Umsetzung der Resolution 1325 präsentiert, zu deren Ausarbeitung Österreich durch das internationale Symposium zum Thema „Enhancing Women’s Share in Peace and Security“ auch inhaltlich beigetragen hatte. Bei der Präsentation der Studie betonte Österreich die Notwendigkeit der Umsetzung von deren Empfehlungen. Am Rande der SR-Debatte beteiligte sich Österreich an zwei Veranstaltungen von NGOs: „Men on the Stand: Men’s Roles in Implementing UNSCR 1325“ am 28. Oktober 2015 sowie „The South Sudanese Peace Agreement: Implications on Women’s Participation in Peacebuilding and Political Processes“ am 29. Oktober 2015.
- Im Rahmen der Verhandlungen der Offenen Arbeitsgruppe zu den Nachhaltigkeitszielen und in der Folge in den intergouvernementalen Verhandlungen zur Ausarbeitung der neuen Entwicklungsagenda setzte sich Österreich auch im Jahr 2015 konsequent für ein eigenes Nachhaltigkeitsziel zu Geschlechtergleichstellung und Ermächtigung von Frauen ein, insbesondere mit Blick auf die Ziele 5 und 16 der SDGs. Dabei betonte Österreich auch die Rolle von Frauen in Friedensprozessen. Als Koordinator der Freundesgruppe der Rechtsstaatlichkeit mahnte Österreich u.a. Aspekte der Geschlechtergleichstellung ein.
- Im Rahmen des 3. Komitees der 69. VN-GV setzte sich Österreich im Zuge der Verhandlungen der Resolution zum Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen aktiv und erfolgreich für die adäquate Verankerung der Rolle von Frauen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen ein und brachte diese Resolution mit ein. Als Hauptverhandler der Resolution zu Menschenrechten in der Rechtspflege gelang es Österreich, den Aspekt von Frauen in Haftsituationen zu verankern.
- Im Rahmen der 70. VN-GV gelang Österreich als Hauptverhandler der Resolution zu den Rechten von Minderheiten erstmalig die Verankerung der Verhütung von

Gewalt gegen Minderheiten und Schutz von Minderheiten vor Gewalt in Konfliktsituationen, mit besonderer Betonung der Situation von Frauen und Kindern. Außerdem brachte Österreich die Resolution zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen in ländlichen Gebieten mit ein, welche u.a. die Einbeziehung von Frauen in Konfliktprävention betont. Österreich beteiligte sich zudem an einer Nebenveranstaltung zu geschlechtsbasierten Tötungen von Frauen und Mädchen.

- Im Rahmen des 1. Komitees der 69. VN-GV (Abrüstung und internationale Sicherheit) forderte Österreich die gleichwertige Einbindung von Frauen und Männern in alle Entscheidungsprozesse in den Bereichen Abrüstung, Non-Proliferation und Waffenkontrolle sowie eine stärkere Berücksichtigung der Auswirkungen von bewaffneten Konflikten und Waffengewalt auf Frauen und Kinder. Im Rahmen der 70. VN-GV betonte Österreich Genderaspekte im Bereich der nuklearen Abrüstung.
- Im Rahmen des Universal Periodic Review des MRR sprach Österreich regelmäßig Empfehlungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern, der stärkeren politischen Teilhabe von Frauen und der Beendigung von Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen aus (etwa im Jänner zu Armenien, Kirgisistan, Kenia, Kuwait, Spanien und Türkei, im Mai zu Bulgarien, Honduras, Kroatien, Libyen, Malawi und Mongolei, im November zu Georgien und Myanmar).
- Im Zuge der Verhandlungen zu diversen Länderresolutionen im VN-Menschenrechtsrat, insbesondere jenen zu Syrien, unterstützte Österreich fortlaufend die Aufnahme von Verweisen zur Umsetzung von Resolution 1325 (Schutz von Frauen vor Gewalt, Förderung der politischen Partizipation).
- Um die Übermittlung nationaler Daten in Bezug auf die VN-Indikatoren zur Umsetzung der Resolution 1325 wurde im Berichtszeitraum seitens der VN nicht ersucht.

#### BMEIA/BMBF/BMLVS/ADA:

- In Fortsetzung der anhaltenden Bemühungen Österreichs zur Umsetzung der Resolution 1325 und in Unterstützung der durch den VN-Generalsekretär in Auftrag gegebenen Globalen Studie, anlässlich des 15-jährigen Jubiläums der Resolution 1325 sowie zum 20-jährigen Jubiläum der Pekinger Erklärung und Aktionsplattform, organisierte Österreich am 3./4. November 2014 ein zweitägiges Symposium unter dem Titel „Enhancing Women’s Share in Peace and Security“. Das Symposium wurde im Sinne eines gesamtstaatlichen Ansatzes in Kooperation zwischen dem BMEIA, BMLVS, BMBF, BKA und der ADA mit dem Büro der Nationalratspräsidentin, dem Bruno Kreisky Forum, dem International Peace Institute, der Diplomatischen Akademie Wien und dem UN-Women Nationalkomitee Österreich veranstaltet.

- Im Rahmen des zweitägigen Symposiums diskutierten hochrangige Expertinnen und Experten aus Militär, Polizei, Diplomatie und der Zivilgesellschaft über Errungenschaften, Herausforderungen und Hindernisse in der Umsetzung der Frauen, Frieden, und Sicherheits-Agenda, mit dem Ziel konkrete Empfehlungen abzugeben, wie eine verbesserte Einbindung von Frauen und deren Anliegen in allen Phasen und auf allen Entscheidungsebenen des internationalen Konfliktmanagements erzielt werden kann. Die Ergebnisse und zentralen Empfehlungen des Symposiums wurden in einem Policy-Papier unter anderem als VN-Sicherheitsratsdokument S/2015/142 veröffentlicht sowie in einer umfassenden Publikation veröffentlicht.

## 2.2. Europäische Union

BMEIA:

- Österreich ist aktives Mitglied in der EU Task Force 1325, welche von der Ratsarbeitsgruppe Menschenrechte (COHOM) eingerichtet wurde, und nahm regelmäßig an deren Sitzungen in Brüssel teil. Die Sitzungen der EU Task Force 1325 im Beobachtungszeitraum waren u.a. Fragen der Implementierung der Resolution 1325 im Rahmen des EU-Krisenmanagements sowie der Vorbereitung des 15-jährigen Jubiläums von SR-Res. 1325 gewidmet. Ö brachte sich in der Ausarbeitung der aus Anlass des Jubiläums abgegeben EU-Versprechen zur Umsetzung von SR-Res. 1325 sowie in den Arbeiten zur Auffrischung der EU-Indikatoren ein.
- Österreich beteiligte sich weiters aktiv am 6. Jahrestreffen der EU Mitgliedstaaten zur Resolution 1325 (EU Member States annual seminar on UNSCR 1325) am 26. Juni 2015 in Brüssel. Das Treffen, an dem neben VertreterInnen der EU und der EU-Mitgliedstaaten auch VertreterInnen anderer internationaler Organisationen und der Zivilgesellschaft teilnahmen, war dem Thema ' Women, peace and security in the context of violent extremism and terrorism' sowie der Vorbereitung des 15-jährigen Jubiläums von SR-Res. 1325 gewidmet.
- Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU/regionalen Ratsarbeitsgruppen setzte sich Österreich laufend für die Berücksichtigung der Situation von Frauen in Konfliktsituation sowie für deren verstärkte Einbindung in Friedensgespräche ein.
- Im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU setzte sich Österreich dafür ein, dass bei allen GSVP-Missionen/Operationen, das Thema Frauen, Frieden und Sicherheit eine größere Bedeutung eingeräumt wird und dass bei Missionen, die die Ausbildung von Streitkräften, Polizeieinheiten oder Personen aus der öffentlichen Verwaltung zum Inhalt haben, dieses Thema auch in den Ausbildungsplänen berücksichtigt wird. Darüber hinaus hat Österreich in dem jährlich im Rahmen des European Security and Defence College (ESDC)

organisierten Kurses für die strategische Planung ziviler Missionen dem Thema ein eigenes Segment im Programm zugewiesen.

- Österreich brachte sich laufend in die Debatte zum Thema Mainstreaming von Menschenrechten, Schutz von Zivilisten, humanitärem Völkerrecht und Gender Equality in GSVP-Missionen/Operationen, unter besonderer Berücksichtigung der Resolution 1325, ein. Österreich sprach das Thema zudem bei der Diskussion von konkreten GSVP-Mandaten, bei den regelmäßigen Berichten von GSVP-Missionen/Operationen sowie bei horizontalen GSVP-Diskussionen an. Während bei der Berichterstattung über gender-relevante Aspekte in GSVP-Missionen/Operationen Fortschritte zu beobachten sind, besteht in Teilaspekten weiterhin erheblicher Verbesserungsbedarf, weshalb sich Österreich kontinuierlich für eine systematische Berichterstattung zu gender-relevanten Aspekten einsetzt.

## 2.3 OSZE

BMEIA:

- Österreich unterstützt die Bestrebungen, die Anzahl der hauptamtlichen Gender Advisors an den Feldpräsenzen der Organisation zu erhöhen. Die Berücksichtigung der Zielsetzung von Resolution 1325 ist auch bei der finanziellen Unterstützung von OSZE-Projekten durch Österreich ein Anliegen.
- Österreich setzt sich weiterhin für eine Verbesserung der Umsetzung von Resolution 1325 im Rahmen der OSZE ein. Österreich hat bereits i.J. 2012 eine gemeinsame Initiative mit Finnland, der Türkei und Kasachstan zu einem OSZE-weiten Aktionsplan zur Umsetzung von VN-SR-Resolution 1325 eingebracht. Der Entwurf des Aktionsplans sieht erstens das „Mainstreaming“ des Inhalts der Resolution in sämtliche relevante Arbeitsbereiche der OSZE und zweitens die Ausarbeitung von nationalen Umsetzungsmaßnahmen von teilnehmenden Staaten vor. Trotz breiter Unterstützung konnte bisher kein Konsens erreicht werden.
- Österreich hat – gemeinsam mit Finnland, Liechtenstein, Island und der Türkei – am 23.9. ein side event im Rahmen des Implementierungstreffens der Menschlichen Dimension in Warschau zu konkreten Implementierungsbeispielen anlässlich des 15. Jahrestages von VN-SR-Resolution 1325 veranstaltet.

BMLVS/BMEIA:

- Im Rahmen des Informationsaustausches zum OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten hat Österreich so wie in den Vorjahren auch im Jahr 2015 am freiwilligen Informationsaustausch mit Teilnehmerstaaten der OSZE zur Umsetzung der Resolution 1325 teilgenommen, Weiters hat Österreich mit ExpertInnen des BMLVS am Sicherheitstag zum Thema "In Pursuit of Peace and

Security: How Gender Makes a Difference" am 13.11.2015 mitgewirkt und die Publikation "Enhancing Women's Share in Peace and Security - Symposium Report", herausgegeben von Ursula Hann und Astrid Holzinger, präsentiert.

## 2.4. NATO/EAPC/PfP

BMEIA/BMLVS:

- In den Jahren 2011 bis 2013 wurden seitens des BMLVS „Gender Field Advisor“ als Beraterinnen des Kommandanten der Friedensmission KFOR entsendet. Im Jahre 2014 erfolgte die Übernahme dieser Aufgabe durch Schweden. Mit Anfang 2015 wurde der „Gender Field Advisor“ erneut durch das BMLVS entsandt. Ab Ende Jänner 2016 wird diese Aufgabe wieder durch Schweden übernommen. Für die Friedensmission im Kosovo wird durch diesen österreichischen Beitrag ein formaler Kontakt zu lokalen Frauenorganisationen im Kosovo ermöglicht. Des Weiteren wird durch die Etablierung dieser Funktion eine Berücksichtigung von geschlechterspezifischen Anliegen - insbesondere jener von Frauen - in der Region gewährleistet.
- Das österreichische Engagement zur Umsetzung der Resolution 1325 im Rahmen der NATO konzentrierte sich im Beobachtungszeitraum in weiterer Folge auf die Mitwirkung an der Überarbeitung der NATO/EAPC Grundsatzpolitik zur Implementierung der Resolution 1325 und dem sich davon ableitenden Aktionsplan. Österreich konnte dabei auch mit Erfolg Aspekte des Schutzes von ZivilistInnen einbringen und eine Berücksichtigung des besonderen Schutzbedürfnisses von Frauen und Mädchen im Rahmen von Ausbildung, Training und Übungen sowie in der Entwicklung von Ausbildungscurricula erwirken. Dieser Ansatz spiegelt sich nun sowohl in der Grundsatzpolitik als auch in der im NATO/EAPC-Aktionsplan vorgesehenen Entwicklung von entsprechenden Maßnahmen wieder.
- Zur Fortsetzung der österreichischen Bemühungen zum Schutz von ZivilistInnen wurde im Jahr 2014 auf Vorschlag Österreichs im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden weiters das Partnerschaftsziel (PG) 0014 „Protection of Civilians“ angenommen. Neben den dort formulierten Maßnahmen zur Umsetzung der Resolution 1894 im Zuge von NATO-geführten Missionen und Operationen setzte sich Österreich auch im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Tiger Team Treffen (Treffen gleichgesinnter Nationen) in Brüssel für eine stärkere Berücksichtigung des Schutzes von ZivilistInnen ein. In diesem Rahmen wurden u.a. Diskussionsrunden mit internationalen ExpertInnen abgehalten.
- Österreich konnte im Rahmen seiner Tätigkeit als Ko-Vorsitz einer informellen Arbeitsgruppe (im NATO-Jargon „Tiger Team“) zum Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten (Protection of Civilians/PoC) im Berichtszeitraum im

Operationenplanungskomitee (in ISAF, KFOR, RSM-Format) eine Einigung betreffend die Erstellung einer NATO-Protection of Civilians Policy erreichen. In Vorbereitung auf die Erarbeitung der Policy einigte sich das Komitee auf die Durchführung einer umfassenden Studie (mapping study) zur Erhebung, was bereits in der NATO zum Thema Protection of Civilians erarbeitet wurde und in welchen Bereichen Ergänzungen erforderlich sind. Die Studie beinhaltet auch Arbeitsbereiche zu Frauen, Frieden und Sicherheit, Kinder und bewaffnete Konflikte sowie Sexuelle und Gender-basierte Gewalt in Konflikten und stellt Synergien mit diesen Bereichen her. Die teilnehmenden Staaten einigten sich zudem im EAPC+Format auf die Einrichtung eines Civil Society Advisory Panels zu VN-SR 1325, dessen Terms of Reference 2016 erstellt und abgeschlossen werden sollen. Ziel ist die Einrichtung des Panels vor dem NATO-Gipfel in Warschau im Juli 2016.

- Des Weiteren brachte sich Österreich im Beobachtungszeitraum aktiv in die Diskussionen bei verschiedenen NATO-Treffen mit hochrangigen VN-Vertretern zu Resolution 1325 und verwandten Themen ein.

BMLVS:

- Österreich nimmt regelmäßig an den Sitzungen des NATO Komitees zu Gender-Perspektiven (NCGP) teil. Dieses seitens der NATO ständig eingerichtete Gremium dient der Beratung der Führung der Allianz und der Mitgliedsnationen in allen Fragen der Beschäftigung, Ausbildung und Verwendung von Frauen in den Streitkräften. Im Rahmen einer umfassenden Strategieentwicklung wurde dabei auch die Umsetzung der Resolution 1325 als wesentliche Priorität definiert.

## **2.5. Bilaterale Kontakte**

BMEIA:

- Im Rahmen ihrer bilateralen Kontakte mit Staaten in Konflikt- und Postkonfliktsituationen setzten sich hochrangige österreichische VertreterInnen regelmäßig für die Umsetzung von Resolution 1325, einschließlich der Partizipation von Frauen in Friedensprozessen, ein.
- Die österreichischen Botschaften und Vertretungen setzten im Berichtszeitraum diverse Aktivitäten, einschließlich Treffen mit der Zivilgesellschaft und mit Frauenorganisationen, zur Förderung der Ziele von Resolution 1325. Eine beispielhafte Liste derartiger Aktivitäten, liegt diesem Bericht als Anhang 2 bei.
- Aufgrund der Entwicklungen in bestimmten Regionen – wie z.B. der syrischen Flüchtlingskrise und der sich verschlechternden Sicherheitslage in der Nahost-Region – erwies es sich für die betroffenen österreichischen Botschaften zum Teil deutlich schwieriger als in den vorhergehenden Jahren, mit frauenspezifischen

Fragen und Gesichtspunkten sowie entsprechenden Botschaften im öffentlichen Diskurs des Empfangsstaates durchzudringen.

- Österreich setzte sich sowohl im Rahmen von bilateralen Kontakten, als auch in relevanten internationalen Foren (z.B. Universal Periodic Review des VN-Menschenrechtsrates) fortlaufend für die universelle Ratifizierung von relevanten völkerrechtlichen Übereinkommen (z.B. CEDAW, Kinderrechtskonvention, Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofes) ein.
- Zur Umsetzung des österreichischen Angebots, Partnerländer bei der Ausarbeitung eigener nationaler Aktionspläne zu unterstützen, wurden Sondierungen mit einzelnen Ländern, zum Beispiel in der Balkanregion, fortgesetzt. Dabei zeigte sich jedoch, dass die in Frage stehenden Partnerländer /Schwerpunktländer der OEZA letztlich (noch) nicht die Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplans in Aussicht nehmen wollten. Das österreichische Engagement verlagerte sich daher verstärkt auf die Förderung der effektiven Umsetzung bereits bestehender nationaler Aktionspläne von Partnerländern, insbesondere durch die Förderung lokaler Umsetzungspläne auf Gemeindeebene („Lokalisierung“ von Aktionsplänen). Siehe dazu auch unter Punkt 3.2. Unterstützung des regionalen Programmes des Global Network of Women Peacebuilders (GNWP) zur verbesserten Umsetzung von UNSCR 1325 in Kenia, Südsudan und Uganda.

BMLVS:

- Seitens des BMLVS wird im Rahmen von militärdiplomatischen Konsultationen regelmäßig auch die Weiterentwicklung des gemeinsamen Dienstes von Frauen und Männern in den Streitkräften thematisiert. Dabei werden auch die Umsetzung von Resolution 1325 und diesbezüglich erforderliche Umsetzungsaktivitäten mit bilateralen Partnern angesprochen.

ADA:

- Im Berichtszeitraum wurden im Rahmen von Dienstreisen der Referentin für Gender und Entwicklung nach Moldau und Georgien bei Treffen mit VertreterInnen des Außen- und Sozialministeriums (Moldau), und mit VertreterInnen des Büros des Premierministers (Georgien) Maßnahmen der Länder zur Umsetzung des NAPs 1325 sowie Möglichkeiten der Zusammenarbeit erörtert. Die Referentin für Konfliktprävention und Friedenssicherung überprüfte im Rahmen ihrer Dienstreisen nach Afrika insbesondere die Umsetzung des von der ADA unterstützen AU Programmes zu Gender Peace and Security.

### **3. Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit**



### **3.1. Unterstützung von Projekten und Programmen von regionalen und internationalen Organisationen**

BMEIA:

Die Budgetlinie des BMEIA zur Unterstützung von UN Women wurde im Beobachtungszeitraum – ebenso wie in den Vorjahren – neben der Leistung eines finanziellen Beitrags zum Kernbudget von UN Women zur Gänze für die Finanzierung von Beiträgen und Projekten zur Förderung der Umsetzung von Resolution 1325 sowie zur Bekämpfung und Verhütung von Gewalt an Frauen verwendet. Im Detail sind für den Beobachtungszeitraum folgende Beiträge aus dieser Budgetlinie anzuführen:

- Finanzieller Beitrag zum Kernbudget von UN Women in der Höhe von EUR 250.000 (2015).
- Finanzieller Beitrag zum Projekt von UN Women in Brasilien „Model Protocol on Femicide/gender related killings“ in der Höhe von EUR 50.000,- im Rahmen des UN Global Programme on Access to Justice for Women (2014-2015).
- Finanzieller Beitrag zu dem von UN Women verwalteten UN Trust Fund to End Violence against Women in der Höhe von EUR 22.000,- (2015).
- Finanzieller Beitrag in der Höhe von EUR 72.000,- zu der vom VN-Generalsekretär in Auftrag gegebenen Globalen Studie zur Frage der Umsetzung der Resolution 1325 zum 15-jährigen Jubiläum der Annahme der Resolution im Oktober 2015 (2014 - 2015).

### **3.2. Unterstützung von Projekten und Programmen in fragilen Staaten, Konflikt- und Postkonfliktsituationen**

ADA:

Generell unterstützt die OEZA eine Vielzahl an Initiativen, die durch systematisches Gender-Mainstreaming, sowie durch gezielte Maßnahmen zum Empowerment von Frauen auf struktureller und individueller Ebene als Präventionsmaßnahmen in den Partnerländern zu bewerten sind. Im Jahr 2014 lag der Anteil der Projekte und Programme, die mit OECD Gendermarker 1 oder 2 bewertet wurden, bei 65,67 % im Jahr 2015 bei 66,13 %<sup>5</sup>.

Darüber hinaus sind folgende Projekte und Programme spezifisch dem Bereich „Frauen, Frieden und Sicherheit“ zuordenbar:

---

<sup>5</sup> Das BMEIA strebt für die OEZA einen Anteil von 75% der Projekte mit OECD Gendermarker 1 (Gendermainstreaming) oder 2 (spezifisches Gleichstellungsziel) an, der als strategische Vorgabe im Rahmen des Gender Budgetings festgelegt wurde.

- **Finanzierung des Rahmenprogramms CARE Österreich zur Umsetzung der Resolution 1325 und Folgeresolutionen:** „Rechte fordern – Gleichstellung fördern: Frauenermächtigung und männliches Engagement für Transformation der Genderrollen in post-konflikt und von Nahrungsmittelknappheit betroffenen Regionen (Äthiopien, Nepal, Uganda). Die drei länderübergreifenden Resultatebenen sind: (1) Auf der individuellen Ebene (AGENCY): Frauen haben gleichgestellten Zugang und Kontrolle über Produktionsmittel, um ihre Existenz zu sichern. (2) Auf gesellschaftlicher Ebene (RELATIONS): Transformation von sozio-kulturellen Normen, Beziehungen und Verhalten von Frauen, Männern, Mädchen und Burschen für Geschlechtergleichstellung. (3) Bedeutungsvolle Repräsentation und Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen. In Nepal und Uganda wird die erfolgreiche Arbeit zur Frauenermächtigung in post-konflikt Gebieten zur Implementierung von Resolution 1325 und 1820 in einem holistischen Ansatz weitergeführt. Unterstützung in Höhe von EUR 2.500.000 (2013- 2015).
- Unterstützung des regionalen Programmes des **Global Network of Women Peacebuilders (GNWP)** zur verbesserten Umsetzung von Resolution 1325 in **Kenya, Südsudan und Uganda**. Durch die Unterstützung der partizipativen Entwicklung von NAPs und/oder lokaler Umsetzungspläne auf Gemeindeebene soll die Resolution auf nationaler Ebene umgesetzt und durch Einbringen der Erfahrungen und Lessons Learnt auf regionaler und internationaler Ebene die internationale Frauen, Friede und Sicherheits-Agenda positiv beeinflusst werden. Unterstützung in Höhe von EUR 350.000 (2014-2016)
- **Gender Capital for Peace Recovery and Development Plan (PRDP) Implementation in Northern Uganda:** Unterstützung der lokalen Bevölkerung für eine stärkere gendergerechte Einbindung in die lokale Politik und Verwaltung in Norduganda als wesentlicher Beitrag zur Umsetzung des Friedens-, Wiederaufbau- und Entwicklungsplans für Norduganda. Das Projekt wendet sich gezielt an Frauen, die als gewählte Vertreterinnen oder als technische Fachkräfte die lokale Politik und Verwaltung von vier Distrikten in Norduganda gendergerecht mitgestalten möchten. Das Projekt ist ein wichtiger Beitrag zu Resolution 1325 und Folgeresolutionen sowie auch zur Erreichung des Millennium Entwicklungsziels 3 „Gender Equality and Women Empowerment“. Unterstützung in Höhe von EUR 299.308 (Zweite Projektphase: 2012-2014; Projektpartner: Uganda Women’s Network).
- **Förderung und Unterstützung des Women, Gender and Development Direktorates der Kommission der Afrikanischen Union** in ihren Bestrebungen die Resolution 1325 und Folgeresolutionen umzusetzen. Damit unterstützt die OEZA sowohl die Strategie als auch den Aktionsplan der Kommission der Afrikanischen Union zur Geschlechtergleichstellung mit einem besonderen Augenmerk auf die Umsetzung der Resolution 1325 und Folgeresolutionen. Unterstützung in Höhe von EUR 200.000 (2012-2014)

- **Unterstützung des „Gender, Peace and Security“ Programms der Afrikanischen Union** in der Entwicklung effektiver Mechanismen und Strategien zur Umsetzung der Aktionspläne und Maßnahmen der AU zur Geschlechtergleichstellung sowie zur Stärkung von Frauen in Friedensprozessen. Besonderes Augenmerk wird auf die Umsetzung der Resolution 2122 gelegt, die die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen der Konfliktvermeidung und Konfliktlösung ihren Bestrebungen vorsieht. Unterstützung in Höhe von EUR 1.000.000 (2013-2015)
- **Unterstützung bei der Implementierung des Gender Action Plans in Bosnien und Herzegowina**, einer 5-Jahres-Strategie zum Gender-Mainstreaming in 15 verschiedenen Bereichen u.a. mit dem Ziel der Förderung von Frauen in politischen Positionen auf allen Ebenen. Die folgenden Ergebnisse (1) mehr Frauen in der Politik und in stärkeren Positionen, (2) verbesserte wirtschaftliche Lage mit Schwerpunkt Zugang zum Arbeitsmarkt und (3) verbesserte soziale Stellung von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen mit Schwerpunkt auf verminderte Gewalt, der sozialen und kulturellen Rollen von Männern und Frauen, Bildung und Gesundheit werden verfolgt. Unterstützung in Höhe von EUR 1.000.000 (2009-2014).
- **Förderung von AktivistInnen für einen gerechten Frieden und Geschlechtergerechtigkeit in den palästinensischen Gebieten.** Ziel des CARE Projekts ist es, zu besseren Voraussetzungen für einen fairen und nachhaltigen Friedensprozess beizutragen, indem der soziale und politische Einfluss der Zivilgesellschaft, insbesondere von Frauen, in den palästinensischen Gebieten gestärkt wird. Unterstützung in Höhe von EUR 167.300 (2013-2015)
- Im Rahmen eines Vorhabens zur **Stärkung der Konfliktpräventionspolitik der ECOWAS** unterstützt WANEP (West Africa Network for Peacebuilding) u.a. **Mitgliedsstaaten der ECOWAS in der Ausarbeitung eines eigenen NAP 1325** und stärkt durch Trainings und mit eigens dafür entwickelten Unterlagen die Rolle der Frauen in Friedensprozessen (Mediation, Dialog, Wahlmanagement...). Unterstützung in Höhe von EUR 500.000 (2013-2015).
- **Beitrag zum Strategischen Investment Plan (SIP) III des Justice, Law and Order Sector in Uganda:** Das Ziel des SIP III ist es, die Rechtsstaatlichkeit zu fördern und die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem Justizsystem zu verbessern. Im Detail werden (1) policy und legislative Massnahmen gefördert, (2) der Zugang zu Dienstleistungen für besonders vulnerable Gruppen unterstützt und (3) die Beachtung und Verwirklichung der Menschenrechte sowie der Rechenschaftspflicht gefördert. Der SIP III beinhaltet Geschlechtergerechtigkeit, Gerechtigkeit für Kinder, Übergangsjustiz und HIV/AIDS als Schwerpunkte. Unterstützung in Höhe von EUR 6.000.000 (2012-2015).

- Die OEZA trägt in **Uganda** neben 7 weiteren europäischen Gebern zur **Democratic Governance Facility (DGF)** bei, die durch eine koordinierte Unterstützung nichtstaatlicher und staatlicher ugandischer Akteure die Stärkung der Demokratie zum Ziel hat. Die DGF unterstützt u.a. Projekte zur Umsetzung der Resolution 1325 und Folgeresolutionen, wie zB. die Erstellung und Verbreitung eines Monitoring Plans zu Ugandas Nationalem Aktionsplan zu Resolution 1325 durch das Centre for Women in Governance. Unterstützung in Höhe von EUR 1.700.000 (2011-2016).
- Die Unterstützung eines regionalen **OXFAM** Programmes zielt auf Kapazitätenstärkung von Organisationen des Afrikanischen Frauennetzwerkes SOAWR in ihrem Engagement mit der Afrikanischen Union ab. Eine Grundlage dafür wird durch eine Studie zur Ermittlung der durch Konflikte entstehenden sozialen, ökonomischen und wirtschaftlichen Kosten geschaffen, deren Verbreitung nicht zuletzt zur Entwicklung von verbesserten rechtlichen Rahmenbedingungen und Politiken zur Bekämpfung von Geschlechterbasierter Gewalt in Nigeria, Ägypten und im Südsudan beitragen soll. Unterstützung in Höhe von EUR 825.000 (2014-2016).
- Mit der Kofinanzierung des **UNWOMEN Programmes „African Women changing the narrative“** wird der Beitrag der Afrikanischen Frauen in relevanten Bereichen von Entwicklung und Frieden durch die Produktion von Dokumentationen und die Durchführung von Events sowie einer Kommunikationsplattform zur Verbreitung von „Good Practice“ in afrikanischen Ländern aber auch außerhalb des Kontinents aufgezeigt. Durch Erfolge, die durch Führerschaft und Beteiligung von Frauen erzielt werden konnten aber auch durch gezielte Partnerschaften mit dem Privatsektor wird aufgezeigt, dass die politische Teilhabe von Frauen und ihr Empowerment auch den Gemeinden, den Ländern und dem ganzen Kontinent zu Gute kommen. (EUR 470.000 2015 – 2016).

#### BMEIA:

- Das BMEIA veranstaltete gemeinsam mit der UNESCO und der europäischen Rundfunkorganisation ERNO (Eurovision Regional News Exchange for South-East Europe) zwischen 25. und 26.11.2014 im BMEIA einen Workshop zum Thema „South-East European Public Broadcasters: Introducing Gender-Sensitive Media Policies For Better Public Value“. Das Ziel dieses Workshops war es, öffentliche Rundfunkanstalten in Südosteuropa bei der Entwicklung von gender-sensitiven Regelungen sowohl am Arbeitsplatz als auch bei der journalistischen Berichterstattung anzuleiten. An dem Workshop nahmen 32 TeilnehmerInnen aus 12 Ländern aus der Region teil.

## **Anhang 1: Presseaussendungen des BMEIA**

- 25.11.2014: **„Kampf gegen Gewalt an Frauen als Schwerpunkt der österreichischen Außenpolitik“** – Utl. Bundesminister Kurz zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen
- 15.09.2015: **„Gemeinsam für die Gleichstellung von Mann und Frau kämpfen“**
- 13.10.2015: **„Den Anteil von Frauen an Frieden und Sicherheit erhöhen“** Utl. 15-jähriges Jubiläum der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit
- 18.11.2015: **„Minderheiten vor Gewalt Schützen“** – Utl. UNO Generalversammlung nahm österreichische Resolutionsinitiative im Konsens an.
- 25.11.2015: **„Keine Toleranz für Gewalt gegen Frauen und Mädchen“** Utl. Außenamtsgeneralsekretär zum Internationalen Tag zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

## **Anhang 2: Aktivitäten der österreichischen Vertretungsbehörden zur Förderung der Ziele von Resolution 1325 – exemplarische Liste**

### ÖB Abu Dhabi:

- Die Botschaft hat im Rahmen ihrer Aufgaben regelmäßig Kontakt mit weiblichen Regierungsmitgliedern sowie Wirtschaftsvertreterinnen. Im Rahmen der EU-Bemühungen um vermehrte Partizipation von Frauen wurde z.B. die Parlamentspräsidentin Dr. Al-Qubeisi zu einem EU-HOMs Meeting geladen.

### ÖB Addis Abeba:

- Die Botschaft beteiligte sich mit einer österreichischen Stellungnahme an der aus Anlass des Weltfrauentags am 7.3. in Addis Abeba veranstalteten offenen Sitzung des Friedens- und Sicherheitsrates der Afrikanischen Union (AU) zum Thema „Vulnerability of Women and Children in Conflict Situations in Africa“. Das österr. Policy Paper zum Symposium „Enhancing Women’s Share in Peace and Security“ wurde während der Veranstaltung im Saal verteilt.

### ÖB Beirut:

- Teilnahme der österreichischen Botschafterin in Beirut an der Konferenz „Women in the Frontlines“, organisiert von der May Chidiac Stiftung am 4.3. 2016.
- Teilnahme an mehreren Veranstaltungen für bekannte Frauenpersönlichkeiten aus Politik, Kultur und Zivilgesellschaft, u.a. an einem Meeting mit Fr. Dr. Nadine Moussa, der einzigen weiblichen Kandidatin bei den libanesischen Präsidentenwahlen (Beirut, 9.4. 2015)

### ÖB Bern:

- Die Botschaft beteiligte sich aktiv an der gemeinsam vom Europarat und dem Schweizer Büro für die Gleichstellung von Mann und Frau veranstalteten Konferenz „Towards guaranteeing equal access of women to justice“ am 15. und 16. Oktober 2015 in Bern.

### ÖB Canberra:

- Unterstützung des eintägigen Dialogs zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ des Fiji Women’s Crisis Centre am 30. November 2015, der an engagierte jugendliche TeilnehmerInnen verschiedener Organisationen und Vereinigungen gerichtet war. Der Dialog hat den TeilnehmerInnen ein Forum geboten, in dessen Rahmen sie sich über die Thematik informieren und über effektive Methoden, gegen solche

Gewalt einzutreten, diskutieren konnten. Den Abschluss bildete ein von den TeilnehmerInnen verfasster und an die zuständigen Stellen gerichteter Call for Action.

- Im Zusammenhang mit dem im September 2015 in mehreren Veranstaltungsorten in Australien und Neuseeland aufgeführten Theatersolo von Maxi Blaha „Soul of Fire – She fought for peace/Feuerseele – Sie kämpfte für den Frieden“ wurde von der Botschaft ein Treffen für die Künstler mit lokalen ExponentInnen von Friedensbewegungen (u.a. Präsidentin WILPF Women’s International League for Peace and Freedom, Vize-Präsidentin Medical Association for the Prevention of War) organisiert.

#### ÖB Caracas:

- Im zweiten Halbjahr 2014 übernahm die Botschaft als Koordinator der lokalen EU-Arbeitsgruppe für Menschenrechte die Rolle als Ansprechpartner für die Zivilgesellschaft. Bei den Zusammentreffen mit Frauenorganisationen standen die hohe Verbreitung von Gewalt gegen Frauen aufgrund der allgemeinen Kriminalität als auch als Folge von Geschlechterkonflikten sowie der systematischen Straffreiheit im Mittelpunkt.

#### ÖB Dakar:

- Im Rahmen eines Nord-Süd Botschaftsprojekts wurde im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen (11. Oktober 2015) am 10. und 11. September 2015 ein Atelier zur „Ausbildung von Frauen in der Prävention und Bereinigung von Konflikten in Wahlkampfzeiten“ durchgeführt.

#### ÖB Kiew:

- Die Botschafterin hielt im Rahmen der Think Tank Veranstaltung „Female diplomats: gender peculiarities of diplomatic service in Ukraine“ des International Center for Policy Studies in Kiew am 26.11.2015 einen Vortrag über die Rekrutierung und Rolle von Frauen im österreichischen diplomatischen Dienst und die Bedeutung von Diplomatinen im Hinblick auf die Förderung von Frieden und Sicherheit.

#### ÖB Kuala Lumpur:

- Die Botschaft nimmt im Rahmen der EU-Koordination regelmäßig an Treffen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, einschl. Frauenorganisationen, teil.

### ÖB London:

- Am 12. März 2015 fand ein Besuch bei Prof. Christine Chinkin, Leiterin des damals im Aufbau befindlichen Instituts für „Women, Peace and Security“ der London School of Economics (LSE) statt. Dabei wurde der österreichische Nationale Aktionsplan und das Policy Papier der Konferenz „Enhancing Women's Share in Peace and Security“ übergeben und eine weitere Zusammenarbeit zwischen der Botschaft und dem Institut vereinbart.
- Am 14. Oktober 2015 sprach die österreichische Expertin im CEDAW-Komitee, Dr. Lilian Hofmeister auf Einladung der Botschaft bei einer Podiumsdiskussion an der LSE mit dem Titel „CEDAW Today: evolution and challenges in a conflict-affected world“. Etwa 50 StudentInnen, VertreterInnen von NGOs und des Foreign and Commonwealth Office und andere interessierte Personen besuchten die Veranstaltung.

### GK Los Angeles:

- Die Generalkonsulin nahm am 19. Juni 2015 an einer in Kooperation mit der Women's Empowerment Foundation organisierten Veranstaltung teil, die darauf abzielte, dem Publikum – anhand der Erfahrungen von drei Diplomatinen aus verschiedenen Weltregionen – aufzuzeigen, wo die Herausforderungen bzw. Lösungsansätze für die Erhöhung des Frauenanteils in Entscheidungspositionen auf dem internationalen Parkett liegen.

### ÖB Mexiko:

- Die Botschafterin traf von 4.-9. Jänner 2015 in Guatemala zu Gesprächen mit den Dachorganisationen „Unidad de Protección a Defensoras y Defensores de Derechos Humanos de Guatemala“ („Einheit zum Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala“, UDEFEGUA) und „Convergencia por los Derechos Humanos“ („Verband zur Annäherung an die Menschenrechte“) zusammen. Mit in Guatemala akkreditierten BotschafterInnen wurden außerdem die Aktivitäten von NGOs im Hinblick auf Rechtsberatung für Frauen, Schutz vor Gewalt z.B. mit Hilfe von Frauenhäusern, etc. thematisiert.
- Im Oktober 2015 fand in Guatemala ein Treffen der Botschafterin mit VertreterInnen des ADA-finanzierten Projekts Miriam zur Ermöglichung von Universitätszugang für indigene Frauen statt.
- Am 19. Februar 2015 und am 8. Juli 2015 wurde bei einem Treffen mit Aktivistinnen der Frauenrechtsorganisation JASS die Gewalt-, Sicherheits- und Diskriminierungssituation und insbesondere die Rolle der Frau besprochen.
- Vertreterinnen der ÖB Mexiko trafen im Laufe des Jahres 2015 mit zahlreichen AkteurInnen der Zivilgesellschaft, u.a. mit der Leiterin von Peace Brigades International in Guatemala und mit Vertreter des Ökumenischen Büros für Frieden



und Sicherheit in München mit Zuständigkeitsbereich in Mexiko und Zentralamerika, zusammen, um auch die Situation der indigenen Frauen bzw. das Mitspracherecht der Frauen im öffentlichen Leben zu diskutieren.

#### ÖB Moskau:

- Am 2. Dezember 2015 nahm die Botschaft an einer Diskussionsveranstaltung zum fünfzehnjährigen Jubiläum von SR-Resolution 1325 auf Expertenebene an der schwedischen Botschaft in Moskau teil
- Der Bericht über das Symposium „Enhancing Women’s Share in Peace and Security“ wurde an relevante Abteilungen im russischen Außenministerium (zuständige Regionalabteilung, Abteilung für internationale Organisationen, Abteilung für Menschenrechte) sowie an einschlägige zivilgesellschaftliche Organisationen (Memorial sowie Human Rights Watch Russia) zur Information übermittelt.

#### ÖB Nairobi

- Im Februar 2015 fand auf Initiative der Botschaft ein Treffen mit hochrangigen Vertreterinnen der Vereinigung kenianischer Parlamentarierinnen statt. Gegenstand der Diskussion waren u.a. VN-SR Res. 1325, darunter die Einbeziehung von weiblichen Abgeordneten in Konfliktlösungsbemühungen in den von ethnischen Konflikten gekennzeichneten Teilen Kenias.

#### ÖB Ottawa:

- Im Zusammenhang mit der Wanderausstellung „Bertha von Suttner - A Life for Peace“ im November 2014, fand am 25. November 2014 die Konferenz „The First World War; a century later - Reflections on peace and conflict“ an der St. Paul’s University in Ottawa statt, im Rahmen derer auch die österreichische Schauspielerin Maxi Blaha mit dem Solotheaterstück „Bertha von Suttner – Soul of Fire“ auftrat.

#### ÖB Paris:

- Im Rahmen des Wiener Symposiums „Enhancing Women’s Share in Peace and Security“ (3.-4. November 2014) sprach Botschafterin Ursula Plassnik bei der hochrangigen Paneldiskussion im Nationalrat am 3. November 2014 zu den aktuellen Herausforderungen bei der Umsetzung der Resolution 1325. Weiters hielt sie am 4. November 2015 die Eröffnungsrede der Expertentagung und ging dabei auf die Rolle von Frauen in der Konfliktprävention und Konfliktanalyse sowie ihre notwendige Einbeziehung in die Konfliktlösung und den gesellschaftlichen Aussöhnungs- und Wiederaufbauprozess im Anschluss an Konflikte ein.

- Bei der internationalen Konferenz der American Graduate School in Paris zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ am 28. November 2014 in Paris referierte Botschafterin Ursula Plassnik im Panel „Gewalt gegen Frauen in Konfliktzeiten“. Sie erläuterte die Entwicklung rechtlicher Standards zum Schutz von Frauen im VN-Rahmen seit der Annahme der SR-Resolution 1325 (2000) und die im Zuge der Rechtsprechung der Sonder-Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) und Ruanda (ICTR) und mit dem Statut des IStGH erfolgte Kriminalisierung von sexueller Gewalt.
- Auf Einladung der Reflexionsgruppe „Forum des Bernardins“ hielt Botschafterin Ursula Plassnik am 6. Jänner 2015 in Paris einen Vortrag zum Thema „Espérance et Mondialisation“. Dabei ging es insb. um den Platz und das nicht ausgeschöpfte Potential von Frauen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.
- Am 26. Februar 2015 nahm Botschafterin Ursula Plassnik an einer Paneldiskussion an der Diplomatischen Akademie Wien zum Thema „Getting WoMen into Politics“ teil in deren Rahmen Wege zur Förderung der gleichberechtigten Teilnahme von Frauen an der Politik diskutiert wurden.
- Botschafterin Ursula Plassnik hielt am 18. März 2015 in Paris ein Referat zur Situation der Frauen, in dem sie u.a. auf die Themenbereiche der 1325-Agenda einging (Schutz von Frauenrechten, Gewaltprävention, Partizipation).
- Im Rahmen des Antrittsbesuchs von Botschafterin Ursula Plassnik bei der neuen Generalsekretärin der Internationalen Organisation der Frankophonie, Michaëlle Jean am 9. April 2015 waren die Stärkung der Rolle von Frauen, die Umsetzung von SR-Resolution 1325 sowie weibliche Genitalverstümmelung Themen. Das österr. Policy Paper zum Symposium „Enhancing Women’s Share in Peace and Security“ wurde bei dieser Gelegenheit übergeben.
- Botschafterin Ursula Plassnik hielt am 18. Mai 2015 einen Vortrag im Rahmen des Cercle Féminin d’Amitié Européenne von Saint-Cloud zum Thema „Frauen in der Welt“. Beleuchtet wurden sowohl Verbesserungen für Frauen bei der Umsetzung einiger VN-Millenniums-Entwicklungsziele als auch das anhaltend hohe Niveau der Gewalt gegen Frauen und die noch immer benachteiligte Position von Frauen in Wirtschaft und öffentlichem Leben.
- Botschafterin Ursula Plassnik organisierte am 21. Juli 2015 einen Austausch zwischen der Gründerin und Präsidentin der österr. NGO „Frauen ohne Grenzen“, Edit Schlaffer, und der frz. Sozialinspektorin Fadela Amara (langjährige Frauenaktivistin und ehem. frz. Staatssekretärin für Stadtentwicklung). Thema war das aktuelle Projekt „Mothers Schools“ von „Frauen ohne Grenzen“, bei dem es um die Sensibilisierung muslimischer Mütter für Radikalisierungstendenzen ihrer Kinder geht. Die Botschaft unterstützt Edit Schlaffer bei der geplanten Ausweitung dieser Initiative auf Frankreich.
- In Vertretung von Bundesminister Kurz nahm Botschafterin Ursula Plassnik am 8. September an der Pariser Ministerkonferenz zu Opfern ethnisch und religiös motivierter Gewalt im Nahen Osten teil. Zentrale Botschaften des österr. Beitrags

waren die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen am politischen Prozess sowie der Kampf gegen Straflosigkeit für systematische Gewalt der Terrormiliz IS gegen Frauen.

#### ÖB Peking:

- Die Botschafterin hielt am 1. Dezember 2015 einen Vortrag an der Frauenuniversität (China Women's University) in Peking zum Thema internationale Frauenrechte, bei dem sie auch das Thema Gewalt gegen Frauen, inklusive in Konfliktsituationen, sowie die (mangelnde) Präsenz von Frauen in der internationalen Politik und bei internationalen Verhandlungen thematisierte (und visuell darstellte). Darüber hinaus teilte sie Kopien der SR-Res. 1325, 1820, 1888, 1889 auf Chinesisch aus, die mit großem Interesse von den anwesenden ca. 100 StudentInnen und ProfessorInnen angenommen wurden.

#### ÖB Pretoria

- Im Rahmen des 25. AU-Gipfels in Johannesburg, der unter dem Generalthema „Women's Empowerment and Development towards Africa's Agenda 2063“ stand, fand am 15. Juni 2015 ein österreichischer Side Event unter dem selben Thema statt, der gemeinsam mit UN-Women organisiert und von der ADA finanziert wurde. Die Exekutivdirektorin von UN Women, Dr. Phumzile Mlambo-Ngcuka und die österreichische Botschafterin in Südafrika hielten die Eröffnungsreden.
- Die ÖB Pretoria ist mit dem Regionalbüro von UNODC in regelmäßigem Kontakt um die Fortschritte des von der ADA finanzierten und von UNODC im südlichen Afrika implementierten Projekts „Making the SADC Region Safer from Drugs and Crime“ vor Ort zu besprechen und zu beobachten. Das Projekt verfolgt das Ziel, Programme zu etablieren, durch die von Gewalt betroffene Frauen und Kinder Rechtsschutz, Rechtsvertretung und Betreuung erhalten sowie Maßnahmen zu setzen, um Strafverfolgung und Strafvollzug bei Gewalt gegen Frauen und Kinder zu erhöhen.

#### ÖB Rabat:

- Aus Anlass des Internationalen Tages der Menschenrechte, nahm der Botschafter am 10.12.2014 an einer gemeinsamen Aktion der EU-Missionschefs zum Thema ledige Mütter in Marokko teil. Die Aktion bestand in Treffen mit Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich der Betreuung von ledigen Müttern annehmen. Ledige Mütter sind in Marokko oftmals Ausgrenzung und sexueller Gewalt ausgesetzt. Es erfolgte ein aktiver Meinungs austausch des Missionschefs mit den Repräsentantinnen der NGOs Solidarité Féminine, Basma und INSAF. Das österr. Policy Paper zum Symposium „Enhancing Women's Share in Peace and Security“ wurde an die NGOs Solidarité Féminine und INSAF weitergeleitet.

### ÖB Santiago de Chile:

- Die Botschafterin nahm im März 2015 im Rahmen des Filmfestivals FEMCINE an der Podiumsdiskussionsrunde „Mujeres en la jungla de la política“ - Frauen im Politik-Dschungel - mit lokalen und ausländischen in der Politik tätigen Frauen teil. Themen waren unter anderem die aktuelle Situation der Frauen in Chile – effektive Mitwirkungs- und Mitsprachemöglichkeiten, relevante demokratiepolitische Fragen und der Frauenanteil in Entscheidungspositionen.
- Teilnahme der Botschaft an der Jubiläumskonferenz betreffend die Implementierung der Resolution 1325 unter der Leitung von Präsidentin Michelle Bachelet (Nov. 2015).
- Teilnahme an der Prämierung „Mujer destacada“ (Frauen mit herausragender Führungsqualität) - anschl. Veröffentlichung in der Wochenbeilage der Tageszeitung „El Mercurio“.

### ÖB Tel Aviv:

- Am 16. April 2015 organisierte das Kulturforum Tel Aviv eine Panel-Diskussion zu Frauenrechten mit einem Schwerpunkt auf Role Models, an der u.a. Dr. Lilian Hofmeister (UNO-Frauenrechtskomitee) sowie Journalistin und Autorin Mag. Daniela teilnahmen. Von israelischer Seite war Dr. Rivka Neriya-Ben Shahar, eine Expertin zu Gender-Fragen aus dem orthodoxen Sektor, vertreten. Es wurde über verschiedenen frauenrechtlich relevanten Themen, wie der Kluft in den Einkommen zwischen Frauen und Männern, oder auch, welche Auswirkungen die Mutterschaft in Hinblick auf die Karriere sowie allgemein innerhalb der Gesellschaft hat – jeweils aus österreichischer bzw. israelischer Perspektive diskutiert. In der anschließenden Fragerunde wurden u.a. die Arbeit des UNO-Frauenrechtskomitees sowie der Einfluss des Militärs in Israel auf die Frauen in der Gesellschaft thematisiert.
- Das vom Europäischen Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie (ETC Graz) herausgegebene „Handbuch für Menschenrechtserziehung“, in dem Frauenrechten breiter Raum gewidmet wird, wurde in arabischer Fassung an das Außenministerium der PA, an das Büro für Außenbeziehungen der FATAH und an den Exekutivausschuss der PLO weitergegeben.

### ÖB Warschau:

- Am 26. März 2015 kam es zu einem Zusammentreffen von ÖGB-Präsident Foglar und ÖGB-Vizepräsidentin Anderl mit der Gleichstellungsbeauftragten der polnischen Regierung, Ministerin Małgorzata Fuszara, bei dem unter anderem die Situation von Frauen in Polen allgemein sowie die Umsetzung der Istanbul-

Konvention des Europarats Themen waren. Im Rahmen dieses Besuchs fand auch ein „High Level Breakfast“ mit den Vorsitzenden der polnischen Gewerkschaftsdachverbände zum Thema Frauen und Gewerkschaftsarbeit statt.

- Am 7. Dezember 2015 fand eine Veranstaltung mit der Vorsitzenden der 'Group of Friends of the Congress of Women Dorota WARAKOMSKA' in der öst. Residenz statt. Es handelt sich um eine unabhängige, polnische BürgerInnenbewegung, welche 2009 mit der Veranstaltung des ersten Frauenkongresses ins Leben gerufen wurde. Themen des Austausches waren Frauenanliegen in Polen, insbesondere gegenüber der neuen polnischen Regierung, und die Unterstützung der Botschaft für geplante Veranstaltungen des „Congress of Women“ im Jahr 2016.